

Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Eine notwendige Mahnung an die C-Parteien

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Es wäre völlig unverständlich, wenn die Politiker unseres Landes, die die dunkelste Zeit in der Geschichte unseres Landes miterlebt haben und den Faschismus am eigenen Leibe verspüren mußten, unberührt blieben, wenn heute erneut von führenden Politikern der Opposition Vokabeln und Töne angeschlagen werden, die unwillkürlich gespenstische Szenen aus der untergehenden ersten deutschen Republik heraufbeschwören. Sie müssen dann mit aller Leidenschaft ihre Stimme erheben und diese gefährlichen Brunnenvergifter in ihre Schranken verweisen.

Es geht auch nicht an, daß die Opposition das Plenum zum Herrenclub erklärt, indem sie so tut, als hätte es böswillige und gefährliche Auftritte einige Tage vorher von eben denselben Akteuren ihrer Couleur nicht gegeben. Die Opposition muß sich den Vorwurf der Doppeltzungigkeit und der arroganten Scheinheiligkeit machen lassen, wenn sie dann zu den Ausführungen und der berechtigten Kritik an eben diesen üblen Auftritten in der Pose eines biasierten Tanz- und Anstandslehrers mit Bemerkungen zu Fragen der Etikette Stellung nimmt.

In der CDU/CSU herrscht zugenscheinlich das Greshamsche Gesetz, nach dem die schlechte Münze die gute Münze verdrängt. Denn die Straußen-Eier werden nun überall gebrütet. Das Ergebnis wird schrecklich sein für unsere Demokratie. Die Nachdenklichen in der Opposition schweigen dazu betreten.

Dabei ist diese Art von Argumentation der CDU/CSU keineswegs überzeugend. Denn wie oft wurde ihr von der Mehrzahl der Kommentatoren im In- und Ausland sowie durch die offiziellen Stellungnahmen der befreundeten Regierungen in unserer Allianz schon ihr Wahrheitsgehalt bestritten. Sie wird auch durch ständiges Wiederholen nicht besser und nicht hilfreicher für unsere Verhandlungen und Gespräche mit den osteuropäischen Regierungen. Ja, wir müssen sogar nach gemachten Erfahrungen befürchten, daß die Opposition selbst nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Informationen, die ihr zufließen, parteipolitisch ausnutzt, ohne sich um den Gang der Dinge Sorgen zu machen. Denn ihr geht es eben nicht vorrangig um den sachlichen Dialog und um etwaige Fortschritte, sondern um parteiegoistische Nahziele in diesem ersten

Halbjahr 1970

Unübersehbar wird diese grundsätzlich rücksichtslose Haltung der CDU/CSU in ihren Äußerungen zur Europapolitik. Noch vor wenigen Monaten blieb selbst Herrn Barzel nichts anderes übrig, als den Erfolg Willy Brandts und Walter Scheels neidlos anzuerkennen. Die Haager Konferenz hatte in der Tat einen großen Durchbruch nach vorn gebracht. Die EWG wurde vollendet, die politische Kooperation beschlossen und die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes eingeleitet. Wer hatte wirklich dieses Ergebnis zu Zeiten Kanzler Kiesingers zu hoffen gewagt?

Nachdem es der CDU/CSU zu diesem Thema einige Monate lang die Sprache verschlagen hatte, mußten nun auch hier wieder Vorwürfe konstruiert werden. Denn es geht ja nicht um die Sache, sondern um die Verdächtigung. Geradezu peinlich war in diesem Zusammenhang der Vorwurf von Herrn Barzel, Willy Brandt hätte sich vor seinen Gesprächen in Washington über die Probleme der EWG und der USA vorher im Brüsseler Ministerrat ein Placet holen sollen. Jede Masche ist der Opposition recht, auch wenn sie sie nur in rechtskonservativen Zeitungen eines unserer Nachbarländer vorfindet und dabei geflissentlich übersieht, daß es einen echten deutschen Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses USA - EWG geben muß.

Eine Bemerkung noch zum Thema EWG. Wie durchsichtig ist doch die Haltung der Opposition, wenn sie einerseits jeden Denkansatz von Regierungsmitgliedern zu einer Lösung der gefährlichen Agrarprobleme der EWG scharf angreift, andererseits aber kritisch anmerkt, es ginge eben doch nicht voran. Auch sie weiß um den ungelösten Block der Agrarprobleme, der den Fortschritt der EWG, den Beitritt Englands und unsere Beziehungen zu den USA ernsthaft bedroht.

Opposition um jeden Preis, auch um den der Fairness und Redlichkeit, scheint die Parole der CDU/CSU zu sein. Das kann nicht gut sein. Weder im Interesse der Opposition noch im Interesse unseres Landes und seiner Außenpolitik. Wir fürchten uns nicht und können diese Situation durchstehen. Denn wir haben die besseren Argumente. - Und noch müssen wir uns alle fragen, wohin das führen soll? Haben wir nicht alle einen moralischen und politischen Auftrag, für unser Volk das Beste zu tun? Wozu soll also die verbale Brunnenvergiftung à la München gut sein? Herr Barzel hat die sachliche, aber harte Debatte ohne Injurien gefordert. Wir sind dazu bereit. Allerdings nur dann, wenn dieser Stil überall dort, wo Politiker verantwortlich reden, Platz greift. Die CDU ist am Zuge. Andernfalls, fürchte ich, wird das Bibelwort gelten: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten".

"Roter Punkt" und Nulltarif

Nächtliche Experimente in Hamburg und München - Problem Nahverkehr

W.I. - Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr werden selten widerspruchsfrei akzeptiert. Wie einst in Hannover, fahren zur Zeit in der ostwestfälischen Stadt Herford Privatfahrzeuge mit dem "Roten Punkt", und das Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg (EMR) sieht sich boykottiert.

Der Vorsitzende des Bezirks Ostwestfalen-Lippe der SPD, Heinrich Junker (MdB), hat sich nicht nur gegen Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen: Er hat zugleich die Einführung des Nulltarifes im Nahverkehr des ganzen Bezirks gefordert. Das hat wie ein Signal gewirkt.

Die kostenlose Fahrt für alle würde im Gebiet des EMR jährlich 15 Millionen DM kosten. Im gesamten Bundesgebiet eingeführt, würde der Nulltarif die Öffentliche Hand gar mit 4,5 Milliarden DM belasten. Aber wie hoch diese Summen auch sind und wieviele Fragen für eine zeitgerechte Regelung des Nahverkehrs auch noch abgeklärt werden müssen, so sollte man sich doch darauf gefaßt machen, daß sich das Problem Nahverkehr immer wieder neu aufdrängen wird. Eine Lösung muß bald gefunden werden!

In München hat man ebenso wie in Hamburg einen geradezu sensationell anmutenden Plan ausprobiert: Statt der nachts kaum besetzten Busse in den Außenbezirken der Isar-Stadt sollen die Fahrgäste Taxis benutzen: Zur Bezahlung genügt die Busfahrkarte. Dabei wartet das Münchner Taxi schon an der Endhaltestelle des Busses oder der Straßenbahn.

Das Ergebnis des Experiments, das vorerst nur auf einer Buslinie durchgeführt wurde, war allerdings negativ. Münchens Verkehrsbetriebe meldeten, daß der Taxisbetrieb um 38 Prozent mehr kosten würde als der Buseinsatz. Aber die Herren hatten ihre Prüfung in der Zeit zwischen 20 und 0,30 Uhr gemacht. Münchens OB Hans-Jochen Vogel: "Wenn man die Sache erst ab 23 Uhr überprüft, ergibt sich wahrscheinlich ein ganz anderes Bild". Und also wird der Versuch in München auf vernünftigerer und zugleich breiterer Basis wiederholt.

Taxis für die Nacht, aber zum Buspreis! Man wird abwarten müssen, was bei diesen Hamburger und Münchener Versuchen schließlich herauskommen wird. Für den Nahverkehr bei Tag ist damit freilich noch nichts gewonnen. Hier ist es vor allem die Abwanderung vom Linienverkehr zum Privatfahrzeug, die jene Umsatzsteigerungen der öffentlichen Verkehrsbetriebe verhindert, mit denen sich nicht nur Fahrpreiserhöhungen vermeiden ließen, sondern die auch eine Verbesserung des Verkehrsangebots ermöglichen würden.

Bedenkt man, wie verstopft die Straßen besonders in den Zeiten des Berufsverkehrs sind, und wie sich auf den Straßen Busse und PKW's gegenseitig behindern, dann wird klar: Es dürfen nicht nur die hohen Summen bedacht werden, die ein Nulltarif verschlingen würde, auch die Einsparungen wären in die Rechnung einzubeziehen: Weniger U-Strabs wären nötig; der Straßenbau würde nicht die gleichen Unsummen verschlucken wie jetzt - und wieviel Ärger, wieviel Zeitverlust blieben uns allen erspart, wenn schnelle Busse den Individualverkehr verdrängten.

Alle Verkehrs- und Kommunalpolitiker tun gut daran, wenn sie die "Roten Punkte" in Hannover, Herford und anderswo sehr ernst nehmen. Sie signalisieren die Dringlichkeit, das immer dichter werdende Knäuel der Probleme im Nahverkehr zu entwirren.

Das Klima wird kühler

Die bayerische SPD nimmt die Herausforderung an

spk - Nach dem letzten Parteitag der CSU in München weiß nun die SPD in Bayern, womit sie zu rechnen und auf was sie sich einzustellen hat. Sie nimmt die Herausforderung der CSU mit zwei Einschränkungen an:

- * 1. Die SPD wird sich nicht auf die gleiche Ebene der billigen und geistlosen Polemik begeben, wie dies z.B. Alfons Goppel tat; nicht um den gegenwärtigen bayerischen Ministerpräsidenten zu schonen, sondern aus Achtung vor den Bürgern dieses Landes.
- * 2. Die SPD in Bayern weicht der Auseinandersetzung über die Bundesregierung und über bundespolitische Themen nicht aus. Im Gegenteil. Sie stellt sich eindeutig hinter die aktive Friedenspolitik und hinter die Politik der inneren Reformen der Bundesregierung. Die bayerische SPD wird es aber der CSU nicht gestatten, im Wahlkampf die bayerische Landespolitik weitgehend auszuklammern und von den Versäumnissen der CSU-Regierung abzulenken.

Dieser Parteitag der CSU wird wahrscheinlich zu einer wesentlichen Verschlechterung des innerpolitischen Klimas auch in Bayern führen. Bei einem Vergleich der Reden von Strauß und Goppel ist eindeutig zu erkennen, daß hier eine Abstimmung auf eine Politik vorgenommen worden ist, deren wesentliches Kennzeichen die Verkettung des politischen Gegners ist. Die Führung der CSU hat sich anscheinend dafür entschieden, bei der innenpolitischen Auseinandersetzung Mauer und Stacheldraht erneut aufzurichten.

Bei den Reden der CSU-Politiker, besonders bei Goppel, handelt es sich keinesfalls um Entgleisungen in einer Aufwallung des Zornes, sondern um ein sorgfältig vorbereitetes und wortwörtlich verlesenes Manuskript. Die Tendenz der CSU geht dahin, jeden Menschen als extremen Linken zu kennzeichnen, der sich weigert, mit einem Brett vor dem Hirn herumzulaufen. (Goppel in seiner Rede: "Wir müssen unseren Mitbürgern ganz klar vor Augen führen, daß jede Stimme für die SPD im November... eine Stimme für ein extrem sozialistisches Bayern ist".)

Eine Quittung - sie war zu erwarten - hat die CSU bereits am Tag darauf von der NPD erhalten. Pöhlmann warf der CSU nicht nur vor, daß sich bei ihr eine "Entwicklung immer weiter nach links abzeichne", sondern er beschuldigte sie auch, daß sie für die seit 25 Jahren "betriebene Politik der Unterwerfung" mitverantwortlich zeichne.

Im Zusammenhang mit der Argumentation der CSU entbehren diese Argumente nicht einmal einer gewissen Logik. So weit rechts kann die CSU gar nicht fahren, um die NPD überholen zu können! Das nationalistische Gebahren dürfte schließlich ins eigene Auge gehen. Im übrigen sollten gerade hier die Erfahrungen der "Weimarer Zeit" beachtet werden. Wenn die CSU-Führung aus Wut über die verlorenen Regierungspositionen in Bonn nicht ganz blind geworden ist, sollte sie einmal auf die Geschichte und das Schicksal ihrer Vorgängerin, die Bayerische Volkspartei, zurückblicken.

Barbara Castles neuer Wachhund

Auf dem Weg zu einer "Kommission für die Industrie und Arbeitskraft"

Von Hans Joachim Werbke, London

Von den bisher fünfzehn Amtsjahren Wilsons müsten fünf darauf verwendet werden, im Interesse der Pfundparität und des Zahlungsbilanzausgleiches den Verbrauch und die Binnenkaufkraft zu zügeln, jetzt stellt die Regierung die Weichen für eine neue Einkommenspolitik. Eine Maßnahme in dieser Richtung ist die neue "Kommission für Industrie und Arbeitskraft", der das Unterhaus mit einer Regierungsmehrheit von 49 Stimmen in Zweiter Lesung des entsprechenden Gesetzes zugestimmt hat.

Die Kommission, als deren Präsident der frühere konservative Minister Aubrey Jones vorgesehen ist, soll die Arbeiten der Monopolkommission und der Staatlichen Preis- und Einkommens-Behörde, die Jones jetzt schon leitet, vereinigen. Eine einzige, starke und regierungsunabhängige Körperschaft soll "dafür sorgen, daß die öffentlichen Interessen berücksichtigt werden, wo die Beherrschung der Industrie durch eine kleine Anzahl von Firmen es zunehmend schwieriger macht, sich zum Schutz der Verbraucherinteressen auf die traditionellen Wettbewerbskräfte des Marktes zu verlassen..." Hauptsächlich soll die Tätigkeit von Konzernen, deren Nettoeinnahmen wenigstens 10 Millionen Pfund betragen oder die wenigstens ein Drittel ihrer Güter im Vereinigten Königreich einnehmen bzw. veräußern, untersucht werden, und zwar im Hinblick auf Preise und Profite, Löhne, Gehälter und Dividenden, die Wettbewerbsfähigkeit und ihre Marktstellung. Auch sollen wie schon nach der bisherigen Monopolverordnung Zusammenschlüsse von zwei oder mehr Firmen auf die Auswirkungen für den Markt hin untersucht werden.

Teil II des neuen Gesetzes gibt dem Arbeitsminister die Handhabe, Preiserhöhungen, Dividenden sowie Lohnforderungen und -abkommen zu kontrollieren. Allerdings fällt die frühere Vollmacht weg, sie für die Dauer der Untersuchung durch die Kommission zu stornieren.

Die Konservativen und ihre Freunde im Bundesverband der Britischen Industrie sähen es lieber, wenn eine unabhängige Registraturkammer lediglich Monopolsituationen untersuchen würde. Aber Arbeitsministerin Castle verteidigt ihren neuen "Wachhund" vor der Opposition: "In der britischen Industrie gibt es eine Menge schlafender Riesen."